

Stadtschloss

Berlin muss beim Humboldt-Forum weiter zahlen

Mittwoch, 22. Februar 2012, von Isabell Jürgens



Foto: dapd

Die Musterfassade für das Berliner Stadtschloss.
2018 soll das Projekt abgeschlossen sein

Der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses in Mitte ist beschlossene Sache. Nun soll der Wettbewerb zur Gestaltung des Umfeldes im Sommer starten. Das Land wird ein paar Millionen Euro dazu schießen müssen.

Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses kann beginnen. Der Senat hat am Dienstag den Bebauungsplan für das Humboldt-Forum auf dem Schloßplatz in Mitte beschlossen. Nach der Genehmigung durch das Abgeordnetenhaus Ende März sind damit die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, damit die ersten Bauarbeiten noch in diesem Jahr beginnen können, sagte Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD).

Der Senat wolle zudem noch in der ersten Jahreshälfte einen internationalen Gestaltungswettbewerb für das Schlossumfeld starten, der bis zum Jahresende entschieden werden soll. „Ziel ist es, diesen bedeutenden Ort im historischen Zentrum der Stadt wieder zu einem urbanen Mittelpunkt zu machen“, sagte Müller.

Der Senator betonte, dass Berlin mit Hochdruck an der Realisierung des Jahrhundertprojektes arbeite. So hatten der Bund und das Land Berlin bereits im Dezember vergangenen Jahres eine Finanzierungsvereinbarung geschlossen. Danach hatte sich Berlin verpflichtet, noch 2011 zwölf Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug zu der frühzeitigen Überweisung sicherte der Bund verbindlich zu, dass sich das Land Berlin an eventuellen Baukostensteigerungen nicht mehr beteiligen muss.

Berlin zahlt einen Fixbetrag

Zur Erinnerung: Das Bauvorhaben, für das der Bundestag 2007 eine Kostenobergrenze von 552 Millionen Euro festgelegt hatte, darf mittlerweile aufgrund der Kostensteigerungen im Baugewerbe 590 Millionen Euro kosten. Bauexperten rechnen noch mit deutlich höheren Kosten, so rechnet etwa der Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin (AIV) mit Gesamtkosten von rund 750 Millionen Euro.

Berlin hat sich verpflichtet, einen finanziellen Beitrag von insgesamt 32 Millionen Euro am Schlossbau zu leisten und hat zudem das Baugrundstück zur Verfügung gestellt. In den Jahren 2013 und 2015 muss das Land jeweils fünf Millionen Euro zahlen, 2014 zehn Millionen Euro.

Der Abschluss des Vertrages hatte im Dezember für Missmut im Abgeordnetenhaus gesorgt, zumal

das Parlament vorher nicht gefragt worden war. Das will der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) nun am heutigen Mittwoch im Hauptausschuss nachholen. Der zügige Abschluss der Finanzierungsvereinbarung, so Wowereit in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Hauptausschusses, sei im Interesse des Landes gewesen, weil er Berlin von der finanziellen Beteiligung an weiteren Kostensteigerungen freistelle. Er bitte daher den Ausschuss, so Wowereit weiter, „die Zulassung der überplanmäßigen Ausgaben zustimmend zur Kenntnis zu nehmen“.

Gänzlich an einer weiteren finanziellen Beteiligung am Schlossprojekt wird das Land Berlin jedoch nicht herkommen. „Für die Gestaltung des Schlossumfeldes werden wir aus Landesmitteln noch einmal fünf Millionen Euro zur Verfügung stellen“, kündigte Senator Müller am Dienstag an. Ziel sei es, Schloss und Schlossumfeld bis 2018 komplett fertigzustellen.

Louvre dient als Vorbild

Senatsbaudirektorin Regula Lüscher erläuterte, dass die Vorgaben zum Wettbewerb ausdrücklich keine historische Rekonstruktion vorsehen. „Ich erwarte, dass der Freiraum zwischen den beiden Spreekanälen, der Karl-Liebknecht- und der Schloßstraße zeitgenössisch gestaltet wird“, sagte die Baudirektorin. Es solle spürbar werden, dass die Zeit nicht stehengeblieben sei. „Ich kann mir das so ähnlich vorstellen wie beim Louvre in Paris.“ Der Vorplatz des Palastes mit dem berühmten Museum war in den 80er-Jahren vom Stararchitekten Ieoh Ming Pei durch eine gläserne Pyramide und Fontänen neu gestaltet worden. Allerdings werde sie ebenfalls keine Vorgaben formulieren, die historische Elemente ausdrücklich ausschließen, betonte Lüscher. Nur eines könne sie definitiv klarstellen: „Ich kann ganz sicher sagen, dass der Neptunbrunnen nicht versetzt wird.“

Die Senatsbaudirektorin verwies ferner auf den Abschluss der öffentlichen Auslegung der Planungsunterlagen zum Bau des Humboldt-Forums. Es habe lediglich 83 Einwendungen gegen das Bauvorhaben gegeben – „erstaunlich wenig, wenn man die Bedeutung des Schlosses und seine zentrale Lage bedenkt“, ergänzte Lüscher. Ungefähr ein Drittel der Einwendungen hätte sich ganz grundsätzlich mit der Frage beschäftigt, ob die Teilrekonstruktion des 1950 gesprengten Berliner Schlosses sinnvoll sei. „Dabei hielten sich Pro und Kontra etwa die Waage“, so die Baudirektorin. Ein weiteres Drittel hätte sich mit der Umfeldgestaltung beschäftigt; auch hier hätten sich Befürworter und Gegner einer historischen Rekonstruktion die Waage gehalten.

Erschienen am 22.02.2012